

Kultur vor der Wahl

Berlins Museen, Opern und Orchester: Was sind sie Senat und Bund wirklich wert?

ZEIT: Frau Grütters, Herr Schmitz, in den frühen neunziger Jahren, in denen Sie beide hier in Berlin begannen, Kulturpolitik zu machen, war die Erwartung an Berlin, insbesondere an seine Kultur, hoch: Welche Hoffnungen haben sich erfüllt, und wo ist Berlin hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben?

André Schmitz: Wir haben nach der Wende lange um den Bestand der Berliner Kultureinrichtungen gerungen: Welche von den Institutionen in Ost und West kann Berlin noch finanzieren? Braucht Berlin drei Opernhäuser? Der Super-GAU war die Schließung des Schiller-Theaters, dies hat jahrelang als traumatisches Erlebnis der Berliner Kulturszene nachgewirkt. Aber ich muss sagen: Jetzt steht die Kulturlandschaft Berlins glänzend da. In den letzten fünf, sechs Jahren hat es außerdem eine Konsolidierung gegeben, durchaus auch mithilfe des Bundes, was ich gerne anerkenne.

ZEIT: Frau Grütters, der Bund hat sich nach der Wende in der Berliner Kulturpolitik erheblich engagiert. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Monika Grütters: Es gibt positive wie negative Erfahrungen. Wir haben das Land Berlin mehrfach entlastet, zum Beispiel durch die Übernahme der Akademie der Künste und der Kinemathek zum Bund. Dies geschah, um im Berliner Kulturhaushalt Spielraum zu schaffen, damit Berlin modellhafte Kulturstrukturen entwickelt wie zum Beispiel eine Opernstiftung. Das ist nicht geschehen.

Schmitz: Dem widerspreche ich ausdrücklich.

Grütters: Diese Opernstiftung ist eine Enttäuschung. Der Stiftungsrat ist mittelmäßig besetzt, die Zuschüsse an die Häuser wurden abgesenkt.

Schmitz: Frau Reim, die Intendantin des RBB, ist Mitglied, genauso wie ein ehemaliger Intendant der Münchner Oper, Sir Peter Jonas, der Berliner Finanzsenator, der Regierende Bürgermeister – alles mittelmäßige Gestalten?

Grütters: Ein solcher weltweit einmaliger Stiftungsrat müsste auch mit Weltklasse-Opernexperten besetzt sein. Warum ist beispielsweise Gerard Mortier nicht dabei?
André Schmitz

Schmitz: Mortier wollte Intendant aller drei Opern in Berlin werden; das war seine Forderung. Es war richtig, dass wir das nicht erfüllt haben. Wir wollen die Vielfalt der Opern.

Grütters: Ich muss das Kulturengagement des Bundes in Berlin immer wieder verteidigen: Meine Hauptaufgabe besteht darin, den enormen Anteil der Bundeskulturpolitik für Berlin zu rechtfertigen. Mehr als 40 Prozent – 420 Millionen Euro – des Haushalts des BKM gehen nach Berlin – aus gutem Grund! Aber vom Land Berlin erwarte ich, dass die Hauptstadt sich als kultureller Mittelpunkt versteht, der allen dient.

Schmitz: Das tut die Hauptstadt.

Grütters: Im Gegenteil: Der Regierende Bürgermeister fällt hauptsächlich dadurch auf, dass er ständig die Hand aufhält. Kaum hatten wir den Haushalt wie oben beschrieben entlastet, wollte er, dass wir die Staatsoper komplett übernehmen – gegen jede verfassungsrechtliche Logik. So etwas geht natürlich nicht. Und trotzdem: Wir haben wieder geholfen, mit 200 Millionen für die Sanierung des Hauses, aber mit der Maßgabe, 100 Millionen in die Opernstiftung zu investieren, weil das ja vorher nicht geschehen war.

Schmitz: Ich glaube, dass die Bundeshauptstadt kulturell durchaus das erfüllt, was die Frau Kollegin da einfordert. Wenn ich mit Leuten aus dem Auswärtigen Amt rede, dann sagen die mir: Das beste Werbemittel für Deutschland im Ausland ist Berlin, gerade wegen seiner faszinierenden Kulturszene, wegen seiner Weltoffenheit, wegen der 6.000 bildenden Künstler, die hier leben.

Grütters: Das habe ich nie infrage gestellt.

ZEIT: Gibt es denn, wechselseitig, noch offene Wünsche?

Grütters: Ich finde, dem Hauptstadtkulturvertrag, in dem damals das Verhältnis zwischen Berlin und dem Bund geregelt wurde, fehlt noch ein Schlussstein: Die Berliner Philharmoniker gehören als nationale Institution eigentlich in die Obhut des Bundes.

Schmitz: Eben haben Sie mir noch vorgeworfen, wir hielten immer die Hand auf. Jetzt greifen Sie nach einer weiteren Berliner Kultureinrichtung.

Grütters: Nein, nein, ich habe immer gesagt: Die Übernahme der Staatsoper hätte strukturell ein verfassungsrechtliches Problem dargestellt, weil es 84 Opernhäuser in der Republik gibt. Warum sollte der Bund die Staatsoper übernehmen und die Münchner Oper nicht? Die Berliner Philharmoniker dagegen gibt es nur ein einziges Mal. Die sind Weltklasse, ein Weltspitzenorchester.

ZEIT: Das passt doch eigentlich ganz gut zur einzigen Weltstadt in Deutschland.

Grütters: Möchte man meinen. Aber offenbar tut sich das Land Berlin mit dieser selbstbewussten, unabhängigen Institution im Umgang sehr schwer. Der Regierende Bürgermeister und Kultursenator hat jedenfalls in einigen Kuratoriumssitzungen durch sein respektloses Auftreten für große Irritationen gesorgt. Das ging so weit, dass er eine solche Sitzung nicht wie stets in der Philharmonie, sondern im Roten Rathaus abhalten wollte.

Schmitz: Unerhört, nicht wahr: Der Regierende Bürgermeister als Kuratoriumsvorsitzender lädt in seinen Amtssitz. Ich glaube, diese Kritik spricht für sich! Mich freut jedenfalls das Interesse der Kollegin an den Berliner Philharmonikern. Ich biete heute gerne über die ZEIT an: Wenn der Drang nach Finanzierung beim Bund so groß ist, können wir aus den Philharmonikern eine Stiftung machen, die zur Hälfte vom Land und zur Hälfte von der Bundesrepublik Deutschland getragen wird. Dann wird den Sehnsüchten der Frau Kollegin nach den Philharmonikern vielleicht Rechnung getragen.

ZEIT: Die Diskussion um die Vereinigung der Akademie der Künste aus Ost und West war eine der spannendsten Debatten überhaupt. Aber war das nicht der letzte Höhepunkt, der intellektuell von dieser Akademie ausgegangen ist?

Grütters: Es war zumindest eine der wenigen, die in der historischen Betrachtung bleiben werden. Berlin müsste viel mehr ein Katalysator in Meinungsbildungsprozessen sein, im Politischen wie im Ästhetischen. Die Akademie hat den ausdrücklichen Auftrag, Politikberatung zu leisten, und wenn man bedenkt, welch intellektuelles Potenzial der gesamten Republik sich da konzentriert, bin ich enttäuscht, dass zum Beispiel gerade jetzt kein Beitrag zum Wertesystem Europa kommt.

ZEIT: Herr Schmitz, hat nicht die Übernahme durch den Bund den Berliner Kultureinrichtungen gutgetan?

Schmitz: Der Bund hat in Berlin aus historischen und politischen Gründen Mitverantwortung für die Kultur übernommen, und das war richtig. Die Kultureinrichtungen dieser Stadt haben lange gedacht, dass sie beim Bund besser aufgehoben sind – aus finanziellen Gründen. Dafür sprach auch einiges. Das hat sich in dieser Legislaturperiode erfreulich gewandelt. Die Kommune Berlin hat den Etat um fast 40 Millionen erhöht, entgegen dem Trend, den es sonst in der Bundesrepublik Deutschland gab. Ich denke nur an das CDU-geführte Hamburg, wo man fast ein ganzes Schauspielhaus und ein Museum schließen wollte.

ZEIT: Klaus Wowereit hat als Regierender Bürgermeister auch das Amt des Kultursenators übernommen.

Schmitz: Die Kultur ist beim Regierenden Bürgermeister bestens aufgehoben. Nur weil Kultur Chefsache war, sind wir aus den Haushaltsberatungen so erfolgreich herausgekommen.

ZEIT: Sein Interesse an den Institutionen erscheint gleichwohl nicht immer ausgeprägt. Als kürzlich die Berliner Festspiele ihr 60-jähriges Bestehen gefeiert haben, sah man weder den Regierenden Bürgermeister noch ein anderes Senatsmitglied.

Schmitz : Es gab vom Bund, der die Festspiele ja finanziert, nicht einmal eine persönliche Einladung, weder an den Regierenden noch an mich. Das Klagen des Staatsministers über die fehlenden Repräsentanten der Berliner Politik verbuche ich auf das Konto Wahlkampf.

Grütters: Bei der Eröffnung der spektakulären Hokusai-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, die der Bundespräsident eröffnet hat, war auch niemand vom Land Berlin zugegen. Bei der Saisonöffnung der Philharmoniker? Fehlanzeige! Wenn das bürgerliche Berlin konzentriert zusammenkommt und ich nicht ein einziges Mal ein einziges Gesicht aus dem Land Berlin sehe, gibt mir das schon zu denken.

ZEIT: Hat sich in den letzten 20 Jahren tatsächlich so etwas wie eine neue Berliner Gesellschaft entwickelt – und wenn, wie?

Grütters: Die Stadt gewinnt enorm von den Zugezogenen, dem internationalen intellektuellen Publikum, das sagt: »Ich möchte in Berlin leben.« Das tut uns sehr, sehr gut.

Schmitz: Berlin hat 3,5 Millionen Einwohner, genauso viele wie vor der Wiedervereinigung. Aber etwa die Hälfte davon ist neu zugezogen. Der Stadt hat dieser Bevölkerungsaustausch gutgetan.

Grütters: Spannend machen die Stadt die internationalen Bewohner aus den Wissenschafts- und Kulturmilieus, das sind dynamische, neugierige, oft jüngere Leute. Das macht im Moment den Reiz dieser Stadt aus. Doch es wäre fatal, sich darauf auszuruhen. Wir müssen

immer wieder neue Orte schaffen und die Milieus bewahren, die diese kreativen Leute brauchen.

Schmitz: Deshalb ist ein zentrales Thema dieses Wahlkampfes die Sorge, ob diese Künstlerkarawane nicht weiterzieht, weil in Berlin die Mieten anziehen, der Atelierraum nicht mehr zur Verfügung steht. Allerdings sind wir von den Hamburger oder Münchner Mieten noch sehr weit entfernt.

Grütters: Dass die Künstlerkarawane weiterzieht, liegt auch in der Natur der Sache – deshalb heißt sie Karawane. Wir müssen mehr tun, um attraktiv zu bleiben, als nur stabile Mieten zu garantieren.

ZEIT: Was kann Berlin da tun?

Schmitz: Kunst und Kultur leben von der Bewegung, von der Veränderung. Aber es wird die Herausforderung der nächsten Jahre werden, wie man Orte schaffen kann, damit Kunst und Kultur auch im innerstädtischen Bereich ihre Räume finden. Grundsätzlich hat Berlin viel Fläche. Das Tempelhofer Feld, das Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof, ist doppelt so groß wie die Hamburger Speicherstadt, und meine Heimatstadt hat 30 Jahre gebraucht, um diesen Bereich zu entwickeln.

Grütters: Dass die Frage des Tempelhofer Feldes immer noch offen ist, wundert mich schon, denn diese unbefriedigende Situation gibt es ja schon seit Jahren.

Schmitz: Tempelhof, das darf ich dann doch prognostizieren, wird wahrscheinlich die Erfolgsgeschichte der Kulturpolitik überhaupt: Wir haben mit dem nächsten Doppelhaushalt beschlossen, für 270 Millionen Euro dort einen Neubau der Zentral- und Landesbibliothek zu bauen.

ZEIT: Der zentrale Ort des Zusammenarbeitens von Bund und Land ist das Humboldt-Forum im rekonstruierten Hohenzollernschloss.

Schmitz: Ja, das Humboldt-Forum ist eine so überzeugende kulturpolitische Antwort des 21. Jahrhunderts. Ich bedauere es sehr, dass es dafür noch keine stärkere Bürgerbewegung gibt. Dafür sollten wir uns alle gemeinsam engagieren.

Grütters: Mit diesem bedeutendsten Kulturprojekt dieses Jahrhunderts definiert die Kulturnation den zentralen Platz der Republik neu. Wir haben viel gelernt. Das Humboldt-Forum muss die Visitenkarte eines weltoffenen Deutschlands werden.

Erschienen: Die Zeit, 16.09.2011.